

SPD will arbeitslose Jugendliche zur Ausbildung verpflichten

Die SPD will arbeitslose Jugendliche stärker als bisher zur Annahme einer Lehrstelle oder zur Weiterbildung verpflichten. Dies geht aus dem Entwurf für den jugendpolitischen Leitantrag zum SPD-Bundesparteitag im November in Nürnberg hervor, den der Parteivorstand am 21. Mai in Berlin verabschiedet hat.

Die Zahl der ungelernten jungen Menschen soll nach dem Willen der SPD deutlich reduziert werden, weil ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt noch weiter sinken werden. Der Anteil der „Ausbildungsverweigerer“ unter den Jung-Arbeitslosen liegt nach Expertenschätzung zwischen 5 und 10 %. Im vergangenen Jahr haben von 225 000 arbeitslosen Jugendlichen rund 13 000 ein Qualifizierungs- oder Arbeitsangebot abgelehnt. Ihnen wurde eine Zeit lang die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gekürzt.

Das „JUMP-Sonderprogramm“ der Bundesregierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit soll weiterentwickelt und in Problemregionen durch den Aufbau von lokalen Agenturen „Jugend in Arbeit“ ergänzt werden, heißt es weiter. „Aktive Arbeitsmarktpolitik“ soll sich mehr an der individuellen Vermittlung ausrichten. Im Zuge der Reform der Arbeitsförderung müssten Fortbildung und Beschäftigungsförderung miteinander verknüpft werden. Dazu gehörten neben einer Jobrotation auch vorbeugende Weiterbildung. Eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und privaten Vermittlern sei sinnvoll.

Von der Wirtschaft fordert die SPD die Einlösung der im Bündnis für Arbeit vergebenen „verbindlichen“ Zusage für mehr Lehrstellen. Zugleich sollen die Jugendlichen besser als bisher auf ihren Beruf vorbereitet werden. Alle Schulen müssten sich stärker der Arbeitswelt öffnen. Dabei gehe es nicht um „Training for the Job“, sondern auch darum, sich mit Wirtschaft und Arbeit kritisch auseinander setzen zu können. Von Klasse acht an soll „persönliche Orientierung“ in Richtung Beruf zum regulären Schulunterricht gehören.

Nach: dpa. Dienst für Kulturpolitik vom 28.05.2001

